

Standpunkt der AG Wirtschaftspolitik zum Fortbestand der Europäischen Union (1. Entwurf)

Die Europäische Union war zu keinem Zeitpunkt ein konsequentes Friedensprojekt. Ihre Gründung wurde auch und insbesondere durch Akteure betrieben, die gleichzeitig Kolonialkriege führten und am Kalten Krieg beteiligt waren. Die EU bzw. ihre Vorgängerinnen haben aber andererseits wirklich Frieden in Westeuropa gesichert. Sie haben dafür gesorgt, dass zahlreiche Bürgerinnen und Bürger der beteiligten Länder einander nähergekommen sind und ihr Leben kulturell reicher wurde. Die EU bzw. ihre Vorgängerinnen dienten immer vor allem den Herrschenden in Westeuropa. Diese betreiben spätestens seit ihrer Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte (Ende Februar 1986) gemeinsam und gegeneinander konkurrierend neoliberale Politik: Sie richten ihre Wirtschaftspolitik an den Interessen der Reichen und der transnationalen Konzerne bzw. Finanzinstitutionen aus und zielen auf globale Konkurrenzgewinne. Sie realisieren eine Außen-, „Verteidigungs-“ und „Sicherheitspolitik“, die gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheiten in Europa und weltweit gerichtet ist. Und dennoch waren die Politik und die Entwicklung der EU wie ihrer Vorgängerinnen nicht ausschließlich auf die Interessen der Herrschenden, der Reichen und transnationalen Unternehmen, auf die Umsetzung von NATO-Strategien fixiert.

Die Frage, ob die Europäische Union je ein solidarischer globaler Akteur werden kann, der hilft, soziale, ökologische und globale Probleme demokratisch und gerecht zu lösen, ist nicht entschieden. Entschieden aber ist, dass die EU in ihrer gegenwärtigen Verfasstheit soziale, ökologische und globale Probleme zuspitzt und dass sie demokratische und gerechte Problemlösungen verstellt. Zweifellos ist die Europäische Union seit dem offenen Ausbruch der globalen Finanzkrise noch undemokratischer, unsozialer und unsolidarischer – noch neoliberaler geworden. Zweifellos hat das insbesondere mit dem herrschenden Management der „Eurokrise“ zu tun, das weder die Krisenursachen noch die eigentlichen Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) angreift. Und zweifellos konnte das geschehen, weil die Linken in der Europäischen Union so schwach sind. Wenn sie jetzt darüber streiten, ob der Kurs auf ein Ausscheiden aus der Wirtschafts- und Währungsunion oder/und aus der Europäischen Union ihre Position stärkt, sollten sie bedenken:

1. Die Geschichte der EU und insbesondere der WWU hat zu Wirtschaftsentwicklungen geführt, die die Wirtschaftsstrukturen der Länder geprägt haben. In verschiedenen Ländern ist Deindustrialisierung vorangeschritten und wurden Agrarstrukturen zerstört. Verschiedene EU-Mitglieder haben so die Basis für eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung verloren. Daran hat insbesondere die Politik der Bundesrepublik Deutschland Anteil und Deutschland hat von dieser Entwicklung am meisten profitiert.

Dennoch könnte Deutschland am leichtesten aus der WWU und der EU ausscheiden. Allerdings würden die Opfer seiner Politik in den anderen Ländern davon eher weiter verlieren als gewinnen.

2. Wenn etwas Gewachsenes zur Disposition gestellt ist, kalkulieren die Beteiligten die Folgen und Kosten eines Zerfalls bzw. einer Auflösung und es sollte klar sein: Ein Zerfall bzw. eine Auflösung zerstört ein Regelsystem und alle daran Beteiligten suchen Wege, die eigenen Kosten so gering wie möglich zu halten. Das bedeutet, dass die Stärkeren sie auf die Schwächeren abwälzen können und dies auch tun würden.
3. Die Regeln innerhalb der EU sind dergestalt, dass zwar einerseits immer die Interessen der am meisten Konkurrenzfähigen bzw. der Stärksten durchgesetzt wurden, dass aber immer auch gewisse Mechanismen geschaffen wurden, die den Schwächeren „Hilfen“ gewährten. Zwar haben diese „Hilfen“ die Verluste bei weitem nicht kompensiert, aber sie haben die Härten der ungerechten Problem“lösungen“ gemildert. Bei einem Zerfall der WWU bzw. der EU bleiben zwar die negativen Folgen bisheriger EU-Entwicklung, aber nicht einmal die viel zu geringen „Hilfen“ einer gewissen Linderung. Diese „Hilfen“ kamen zwar oft den tatsächlich Hilfsbedürftigen zugute, haben jedoch letztendlich nicht die gesellschaftliche Position der in der Gesellschaft Schwächsten gestärkt.
4. Es ist leicht einsehbar, dass ein Zerfall der EU Gewalt und ein Abwälzen der Zerfallskosten der Stärkeren auf die Schwächeren bewirken würde. Beim gewachsenen Rechtsextremismus, Nationalismus bzw. „Rechtspopulismus“ würde dies die reaktionärsten Kräfte in den Gesellschaften der EU-Mitgliedsländer nur stärken. Dass dabei die ohnehin komplizierten Handlungsbedingungen der Linken und insbesondere ihre Kommunikation und Kooperation weiter erschwert würden, ist sicher ebenfalls leicht einsehbar.
5. Den Linken sei daher insbesondere geraten, ihre Kommunikation und Kooperation untereinander und so ihre trans- und internationale Solidarität zu stärken und zu entwickeln. Sie sollten besser koordiniert wie auch gemeinsam an linken Strategien arbeiten, koordiniert und gemeinsam Politik entwickeln und vor allem auch machen.